

Weserspucker vom 25. September 2021



„Eine fundierte Wahl treffen“

„Mit großer Besorgnis nehme ich wahr, dass die Menschen in Deutschland immer unpolitischer werden. Gerade die jüngere Generation scheint davon auszugehen, dass Wohlstand und Sicherheit in unserer Demokratie auch in der Zukunft selbstverständlich sind, weil sie nichts anderes kennt. Das ist aber keinesfalls so. Deshalb ist es nicht nur wichtig, an Wahlen teilzunehmen, sondern auch, hinsichtlich der präferierten Partei eine inhaltlich fundierte Entscheidung zu fällen.“

Christoph Barre, Privatbrauerei Barre, Lübbecke



„Viel weniger Bürokratie“

„Digitale Transformation, CO₂-Neutralität, zirkuläre Wirtschaft und die europäische Gesetzgebung sind nur einige der großen Herausforderungen, denen wir uns jetzt und in Zukunft stellen müssen. Doch damit dies gelingen kann, ist eine Verbesserung gewisser Standortfaktoren zwingend erforderlich. Dazu gehören vor allem weniger Bürokratie und schnellere Genehmigungsverfahren, aber auch die Senkung der Unternehmenssteuer oder die finanzielle Förderung von Ökostrom.“

Dr. Henrik Follmann, FOLLMANN-Chemie, Minden



„Grundlage nicht umdrehen“

„Die soziale Marktwirtschaft ist Grundlage unseres Wohlstands. Sie basiert wie unser Grundgesetz auf dem Gedanken: Beschränkungen von Freiheiten nur dort, wo übergeordnete Gesichtspunkte dies zwingenderfordern. Dieses Regel-Ausnahme-Verhältnis droht ins Gegenteil verkehrt zu werden. Zu hohe Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, enorme Energiekosten oder endlose Genehmigungsverfahren: Unternehmen könnte die Lust verloren gehen, etwas zu „unternehmen“.

Dr. Michael Pütz, HARTING Technologie, Espelkamp



„Ein kritischer Dialog fehlt“

„Wir brauchen keineswegs einen übermächtigen und übergewichtigen Staat, der alles bis ins Kleinste regulieren möchte, aber alles Wichtige nicht geregelt bekommt. Wir brauchen Kontinuität im Steuerrecht sowie eine einfachere und klarere Gesetzgebung. Maßnahmen wie die temporäre Mehrwertsteuerreduktion im 2. Halbjahr 2020 sind populistischer Unsinn. Mir fehlt klar die wirklich kritische Diskussion über wichtige Themen mit einer öffentliche Abwägung von Vor- und Nachteilen.“

Robert Falch, MINDA Industrieanlagen, Minden

Wohlstand nur mit einer starken Wirtschaft

Der bevorstehenden Bundestagswahl am 26. September 2021 kommt eine ganz besondere, zukunftsentscheidende Bedeutung zu. Davon ist der Arbeitgeberverband Minden-Lübbecke e. V. (AGV) überzeugt und gibt dazu folgende Erklärung ab:

Deutschland verdankt seinen Wohlstand im Wesentlichen einer starken Wirtschaft mit zukunftssicheren Arbeitsplätzen – hierfür müssen durch die Politik nach der Corona-Krise die richtigen Voraussetzungen geschaffen werden, um den Wirtschaftsstandort Deutschland und konkret unsere Region Minden-Lübbecke wieder stark und zukunftsfähig zu machen.

Standortattraktivität erhalten

Der Standort Deutschland läuft schon länger Gefahr, im internationalen Vergleich abgehängt zu werden. In Zeiten der zunehmenden Globalisierung und Digitalisierung muss es weiterhin für die Unternehmen attraktiv bleiben, in Deutschland zu investieren. Das wird nur dann auf Dauer der Fall sein, wenn

in die dringend notwendige Modernisierung der Infrastruktur investiert wird – in das Datennetz, in Verkehrsverbindungen bis hin zu den Schulen und Hochschulen. Das wird auch unsere Innovationsfähigkeit wieder stärken, die wir so sehr für die notwendigen Lösungen der Zukunftsthemen – wie zum Beispiel der Bewältigung des Klimawandels – brauchen.

Abbau der Bürokratie

Wenn ein Unternehmen hier investieren will und sich damit zum Standort Deutschland bekennt, wird es immer öfter im wahrsten Sinne des Wortes „ausgebremst“ – und

zwar durch immer höhere bürokratische Hürden. Endlose Planungs- und Genehmigungsverfahren lassen zwischen der Investitionsentscheidung des Unternehmens und der tatsächlichen Umsetzung oft Monate bis hin zu Jahren vergehen – und wenn hier dann das erste Produkt endlich gefertigt werden kann und vom Band läuft, ist der internationale Wettbewerb, der seine Fertigung außerhalb Deutschlands errichtet hat, schon längst um Nasenlängen voraus. Auch in sonstigen, insbesondere privaten Bereichen wie zum Beispiel bei behördlichen Anträgen, bei der Steuererklärung und erst recht durch die Einführung der Datenschutz-Grundverordnung im Jahr 2018 hat die Bürokratie inzwischen Ausmaße erreicht, die schlicht und einfach nicht mehr akzeptabel sind.

Zukunftssicherung der Arbeitsplätze

Durch den demografischen Wandel und die fortschreitende Digitalisierung wird es in den nächsten Jahren massive Umbrüche in der Arbeitswelt geben – das gilt für ganz Deutschland aber umso mehr für unsere sogenannte „ländlich geprägte Region“ Minden-Lübbecke. Hier ist es erforderlich, dass die Politik entsprechende Rahmenbedingungen schafft – über eine auf die spätere Arbeitswelt ausgerichtete Lehrstoffplanung in Schule und Ausbildung, bedarfsgerechte Berufsorientierung, moderne Ausstattung der Schulen und Hochschulen bis hin zur Ver-

einfachung der Zuwanderungsmöglichkeiten qualifizierter Menschen aus dem Ausland. Gleichzeitig muss es innerhalb der Betriebe in einer „Selbstverantwortung“ möglich sein, bedarfsgerechte Lösungen im Hinblick auf die Organisation und eine notwendige Flexibilität zu finden und zu gestalten, ohne hier von außen durch pauschale gesetzliche – und wie insbesondere im Bereich des Arbeitszeitrechtes zum Teil nicht mehr zeitgemäße – Vorgaben an einer erfolgreichen Zukunftsentwicklung gehindert zu werden.

Steuer- und Abgabenlast minimieren

Die Abgabenlast für Unternehmen und Beschäftigte ist jetzt schon im internationalen Vergleich zu groß – Hauptgrund sind neben ohnehin hohen Steuersätzen in

nicht überfordert werden dürfen, sondern auch darum, dass diejenigen Menschen, die unseren Wohlstand erarbeitet haben und derzeit noch erarbeiten, auch nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben ausreichend abgesichert sind und bleiben. Hier muss eine ehrliche und schonungslose Debatte geführt werden, um dies zu gewährleisten. Gleichzeitig müssen die Gesamtabgaben der Höhe nach sowohl für die Unternehmen als auch für die Beschäftigten kalkulierbar und tragbar bleiben, damit sich sowohl die Berufsausbildung als auch die unternehmerische Betätigung weiterhin „lohnen“.

Wählen gehen

Es kommen noch viele weitere wichtige Handlungsfelder hinzu, die nach der Wahl am 26. September 2021 durch den dann gewählten Bundestag und durch eine neue Regierung angepackt und zum Wohle unserer Gesellschaft bestmöglich bewältigt werden müssen.

Es gehört zur demokratischen Grundverantwortung aller wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger, hier mit Bedacht für eine Zukunft in Sicherheit und Wohlstand die „Kreuzchen“ zu setzen – Nichtwählen macht radikale Randgruppen stark und schwächt unsere Demokratie und somit letztendlich unseren Sozialstaat, der auch die Schwächeren in unserer Gesellschaft auffängt und unterstützt.

Zweifelsfrei fest steht jedenfalls: Ohne eine starke, zukunftssichere Wirtschaft werden wir den von uns allen erarbeiteten Wohlstand nicht erhalten können!